

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

94 a
Wien, am 1. April 1933.

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 1. April 1933.

Präsident Dr. Neubauer eröffnet nach 5 Uhr die Sitzung und teilt mit, dass ein Schreiben des Abg. Kunschak eingelangt ist, worin dieser mitteilt, dass die Mitglieder der christlichsozialen Partei des Wiener Landtages zum Protest gegen die plötzliche Einberufung des Landtages der heutigen Sitzung fernbleiben. (Rufe b. d. Soz. dem.: Sie kneifen aus!) Der Präsident teilt ferner mit, dass von den Abg. Thaller, Nachtnebel und Leopoldine Glöckel eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann eingebracht worden ist.

Schriftführer Abg. Pokorny verliest nun die dringliche Anfrage. Sie lautet:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Thaller, Nachtnebel und Leopoldine Glöckel an den Herrn Landeshauptmann.

Eine Reihe von Massnahmen der Bundesregierung hat in den letzten Tagen höchste Beunruhigung in unserem Lande geschaffen. Die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und die Stellung aller proletarischen Zeitungen unter Vorzensur zeigen die jetzt herrschende krasse Ungleichheit auf. Während die Heimwehrpresse, die täglich der Verfassung hohnsprechende Forderungen erhebt, in keiner Weise an ihrer ständigen Unruhe und Erbitterung schaffenden Schreibweise gehindert wird, werden proletarische Zeitungen unter Vorzensur gestellt. Während hochverräterische Organisationen, wie die Heimwehren, die sich offen als Fascisten bekennen, die in erpresserischer Weise den Sturz verfassungsmässiger Einrichtungen verlangen und offenkundig von ausländischen Geldgebern unterstützt werden, nicht nur geduldet, sondern geradezu gehätschelt werden, werden Organisationen, die zum Schutze republikanischer Einrichtungen gebildet wurden, wie der Republikanische Schutzbund, aufgelöst.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage :

Ist der Herr Landeshauptmann bereit, alle in seinen amtlichen Wirkungskreis fallenden Massnahmen zu ergreifen, um die verfassungsmässige Ordnung und den Bürgerfrieden in Wien gegen die hochverräterischen Umtriebe der in italienischem Solde stehenden fascistischen und legitimistischen Heimwehr zu schützen?

Wien, am 1. April 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Zur Begründung der Dringlichkeit führt Abgeordneter Thaller aus, dass in unserem Lande politische Hochspannung herrsche. Massnahmen der Regierung sollten Beruhigung schaffen. Sie haben in Wirklichkeit das Gegenteil davon erreicht. Die Regierung verlässt mit jeder Notverordnung immer mehr den Boden des Rechtsstaates, sie schafft Rechtsungleichheit in diesem Lande.

In einer Zeit, in der es in unserer Republik nicht weniger als 500.000 Arbeitslose gibt, in der Handel und Gewerbe darniederliegen, in der der Bauer auf seiner Scholle darbt, weiss die Regierung nichts anderes, als mit Willkür und Rechtsungleichheit zu regieren. Die 13 Jahre bürgerlicher antimarxistischer Regierung sollen durch die Diktatur der Notverordnungen weggewischt werden. (Zustimmung bei den Soz. dem.) Man will die Verhältnisse nicht

unter Mithilfe der Vertreter des Volkes bessern, sondern man will es diktatorisch machen. Die Geschichte lehrt uns aber, dass man mit Diktatur der Wirtschaft nicht helfen kann. Die Regierung schafft tagtäglich neue Rechtsungleichheiten. Die sozialdemokratische Presse wird konfisziert und unter Vorzensur gestellt. Die Zensur ist aber immer das dümmste Auskunftsmittel gewesen. (Beifall bei den Soz. dem.) Glaubt denn jemand, dass man mit dem Mittel der Zensur die sozialdemokratische Arbeiterpresse dieses Landes mundtot machen kann? (Rufe bei den Soz. dem.: Niemas!)

Gestern ging die Regierung noch einen Schritt weiter, sie hat den Republikanischen Schutzbund aufgelöst (Lebhafte Pfuirufe bei den Soz. dem.) die Wehrorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die nur gegründet worden war zum Schutze der republikanischen Verfassung und der Rechte der Arbeiterklasse in diesem Staate. Die Auflösung erfolgte auf Drängen der Heimwehr. Was die Heimwehr will, das hat ihr Führer Starhemberg in einer Versammlung am vergangenen Sonntag in Innsbruck sehr deutlich gesagt. Eine seiner Forderungen hat gelautet: dieses Parlament kommt nicht mehr zurück, dafür haben wir zu sorgen. Das sagt der Führer einer Regierungspartei, während die Regierung täglich versichert, es sei ihr Bestreben, möglichst bald wieder zu verfassungsmässigen Zuständen zu gelangen. Was sagt die Bundesregierung, was sagt der Bundespräsident zu einer solchen Regierungspartei (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.), die gerade das Gegenteil von dem tut, was der Wille des Bundespräsidenten, was angeblich der Wille der Bundesregierung, was aber bestimmt der Wille des ganzen Bundesvolkes ist? Eine der Hauptforderungen, die Herr Starhemberg gestellt hat, war die restlose Auflösung des republikanischen Schutzbundes in ganz Oesterreich. Diesem ersten Schritt soll folgen eine Säuberung der Gendarmerie und Polizei von allen Elementen, die angeblich dem jetzigen Regierungskurs nicht untertän sind, folgen soll die Einstellung der Heimwehr als Hilfspolizei (Pfuirufe bei den Soz. dem.) und als Krönung des Ganzen soll vorläufig folgen die Bestellung Starhembergs als Reichsverweser in unserer Republik. Diese Heimwehr hat am 15. März fast 2000 Mann in ehemaligen Landwirtschaftsministerien zusammengezogen, und zwar auch aus der Provinz. Es musste die Polizei eingreifen, um diesem Missbrauch ein Ende zu machen. Allordings war die Kraft der Heimwehr stark genug, den damaligen Polizeipräsidenten deshalb davonzujagen. Die Heimwehr verschiebt aber immer noch ihre Mannen im ganzen Lande, sie konzentriert sie heute da und morgen dort, ahlt ihnen Taggelder und wird so zu einem ständigen Herd der Beunruhigung unserer Republik.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Die Heimwehr sammelt aber auch, wie wir aus Nachrichten der letzten Woche zuverlässig wissen, ihre Mannen im Gebiete der Wiener Hochquellenleitung. (Hört Hört-Rufe bei den Soz. dem.) und kein anderer als Herr Mandl aus Hirtenberg hat die dort zusammengezogenen Heimwehrmänner vergangenen Sonntag herzlichst begrüsst. Wenn man sich über den Zweck dieser Konzentrierung erkundigt, kann man von den Herren mit dem Hahnenschwanz ganz offen hören, sie seien hingeschickt worden, um den Wienern den Herrn zu zeigen; wenn die Wiener sich das Diktat des Herrn Fey und Starhemberg ^{vielleicht} nicht gefallen lassen, werde man ihnen das Wasser absperren. (Stürmische Pfuirufe bei den Soz. dem.)

Ist das nicht nacktester Hochverrat, der da ^{getrieben} wird? Und diese Leute sitzen in der Regierung und machen dort ^{eine} Politik, die nicht unserem Lande dienen soll, sondern sie machen eine infame fascistische Politik im Auftrage Italiens und Ungarns, sie besorgen die Geschäfte ausländischer fascistischer Regierungen. In den letzten Tagen haben, ⁱⁿ ^{den} ^{bürgerlichen} Zeitungen Dinge veröffentlicht, die in sozialdemokratischen Zeitungen rundweg konfisziert werden. So hat zum Beispiel eine Zeitung, die den Heimwehren und dem Kurs des Herrn Dollfuss sehr nahesteht, ^{gestern} mitteilen können, dass der Herr Fey, der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, nicht mehr und nicht weniger geplant hat, als den Bundeskanzler und den Vizekanzler verhaften zu lassen (Stürmische Hört Hört-Rufe bei den Soz. dem.), damit er seine und des Herrn Starhemberg dunkle Pläne verwirklichen könne. Und gestern hat der christlichsoziale Landeshauptmann von Oberösterreich ein weiteres Hochverratsbeginnen des Herrn Fey zu Schaden gemacht. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ konnten gestern veröffentlichen, dass Herr Fey ohne Wissen seines Chefs, des Bundeskanzlers, und ohne Wissen ^{von} ^{eines} ^{anderen} Regierungsmitgliedes an die Landesgendarmariekommandanten Geheimbefehle über die Bildung verschiedener ^{neuer} Formationen hinausgegeben hat, und zwar mit der ausdrücklichen Weisung, den Landeshauptleuten davon keine Mitteilung zu machen. (Hört Hört bei den Soz. dem.)

Trotzdem geniessen die Herren der Heimwehr das unbeschränkte Vertrauen der christlichsozialen Minister, von denen sie tagtäglich etwas Neues erpressen. Die Regierung hat gestern den Republikanischen Schutzbund aufgelöst. Sie hat damit eine neue Rechtsungleichheit geschaffen, denn sie hat gleichzeitig die Heimwehr bestehen lassen. Der Wiener Landeshauptmann wollte das gleiche Recht wieder herstellen, wenigstens soweit das in seinem Machtbereich gelegen war, und er hat ^{deshalb} ^{gestern} den Wiener Heimatschutz aufgelöst. Während die Regierung sonst in vielen Dingen übermässig viel Zeit hat, hier hat sie sehr schnell gearbeitet und dem Rekurs, den der Wiener Heimatschutzverband noch gestern durch seinen Rechtsvertreter einbringen liess, ist heute schon stattgegeben worden. (Hört Hört bei den Soz. dem.) Das Bundeskanzleramt (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) hat heute dem Landeshauptmann von Wien und dem Wiener Heimatschutzverband einen Bescheid zu-gestellt, worin es die Aufhebung des Wiener Heimatschutzes rückgängig macht. Die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit schämt sich dabei nicht zu sagen, was der Wiener Landeshauptmann in seinem Auflösungsbescheid gesagt hat, seien unwahre Behauptungen (Hört Hört bei den Soz. dem.: Unerhört !) die Heimwehr habe ihren statutenmässigen Wirkungskreis keineswegs überschritten, und wenn der Landeshauptmann

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

von Wien dies in seinem Auflösungsbescheid behauptet, so sei dies vollkommen aus der Luft gegriffen. Es ergibt sich hier der merkwürdige Tatbestand, dass der Herr, der ^{als Oberster} über die Sicherheit in unserem Lande wacht und gleichzeitig Obmann des Wiener Heimatschutzes ist, einem Rekurs gegen die Auflösung des Wiener Heimatschutzes stattgibt.

Die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes wird der Regierung und der Heimwehr garnichts helfen, an den bisherigen Zuständen wird sich garnichts ändern. So lange es in Oesterreich eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung gibt, hat es auch Ordnerschaften gegeben. Sie wurden im Jahre 1923 in die Form eines Vereines gebracht. Wenn man uns diese Form unmöglich macht, dann kehren wir eben zu den alten Formen zurück. (Beifall bei den Soz. dem.) Man ~~wird~~ uns auch diese Ordnerschaften verbieten. Einen Gesetzesparagrafen dafür wird man wohl nicht finden. Man kann zwar Vereine auflösen, man kann aber nicht Menschen auflösen. Wir werden ungeachtet aller Verordnungen der Regierung unsere Ordnerschaften aufstellen und wir werden sie nach den Beschlüssen unseres Parteivorstandes durchführen. Die Regierung will den bisherigen Schutzbündlern durch eine eigene Verordnung die Waffenpässe entziehen. Eine neue Ungleichheit, denn in dem selben Augenblick, in dem dies geplant wird, stolzieren die Heimwehren offen mit ihren Waffen durch das Land. Die Regierung hat heute Aufrufe zum Beitritt zu diesen Ordnerschaften, sie hat die Beitrittserklärungen konfisziert. Wenn aber die Herren glauben, dass sie mit solchen Mätzchen den Abwehrwillen der Arbeiterklasse Oesterreichs hemmen werden, so sagen wir ihnen von der Tribüne einer öffentlichen Körperschaft: Nun erst recht! (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.) Wenn Herr Fey wissen will, wie sich seine Verordnungen auswirken, dann soll er morgen schon in unsere Parteisekretariate gehen und dort feststellen, wieviel neue Ordner wir ~~gestern~~ gestern und heute schon gewonnen haben. (Beifall bei den Soz. dem.) Wenn man uns verbietet, in ~~den~~ Flugblättern und Zeitschriften u für unsere Ordnerschaften zu werben, dann benützen wir die Tribüne einer öffentlichen Körperschaft und rufen jedem Schutzbündler und jedem Jugendgenossen und jedem unserer Sportgenossen, wir rufen dem Arbeitslosen und dem Arbeiter im Betrieb zu: Hinein in die Ordnerschaften! (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

Die Regierungsparteien, die uns all das verbieten wollen, haben die/grösste Scheu vor den Neuwahlen, denn eine Volkswahl in diesem Lande würde zeigen, wer hinter diesen Regierungsparteien noch steht. Sie würde zeigen, dass die Partei, die heute in so feiger Art aus diesem Saal geflüchtet ist, ~~den~~ dezimiert würde, dass sie weder in der Städten noch auf dem Land: ^{mehr} irgend etwas zu bedeuten hat, und sie würde weiter zeigen, dass in dieser Regierung eine Partei das grosse Wort führt, die überhaupt in keiner öffentlichen Körperschaft mehr aufscheinen würde.

In der letzten Zeit haben die Heimwehren eine neue Presserische Forderung an ihre Koalitionsgenossen gestellt. Sie wollen nicht mehr und nicht weniger als die Absetzung des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Wien und die Einsetzung eines verlässlichen rechtsstehenden Staatskommissärs. (Lachen bei den Soz. dem.) So lange diese Forderung die Heimwehren allein gestellt haben, konnte man über sie mit einem Achselzucken hinweggehen. Heute schreibt aber auch die Reichspost über diese Sache und da muss man allen Ernstes fragen: Ist das auch eine Forderung der christlichsozialen Partei?

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Man muss die Frage aufwerfen, mit welchem Recht eine solche Forderung gestellt wird. Hat denn die Mehrheit in diesem Hause keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich? Alle Wahlen in dieser Stadt, die nach dem Umsturz stattgefunden haben, haben gezeigt, dass ein immer grösserer Teil der Wiener Bevölkerung zur Sozialdemokratie steht und sich zur Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit bekennt. (Zustimmung bei den Soz. dem., Zwischenrufe bei den Nat. soz.) Die sozialdemokratischen Wähler Wiens werden sich nicht vergewaltigen lassen. Die Wiener Arbeiter sind sehr ruhig und sehr diszipliniert. Aber an dem Tage, an dem ein solcher Versuch gemacht werden sollte, werden die Wiener Arbeiter keine Parole abwarten (Stürmischer Beifall bei den Soz. dem.), an dem Tage wird eine Volkserhebung in Wien und Oesterreich geben, die den Herren zeigen wird, wo sie Halt zu machen haben. Besonders den Herren von der christlichsozialen Partei muss man rechtzeitig sagen, dass sie diesen Versuch bleiben lassen sollen, wenn sie noch einen Funken von Vaterlandsliebe haben. Wenn dieser Versuch unternommen werden sollte, dann würden sich die Wiener Arbeiter erheben und die anmassenden Diktatoren, die uns heute regieren, zum Teufel jagen, dann würde man in Wien und in Oesterreich die Tage von 1848 wieder erleben.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Bürgermeister Seitz: Die Frage der Antragsteller, ob ich bereit bin, die verfassungsmässige Ordnung und den Bürgerfrieden in Wien zu schützen, kann ich nur mit einem lauten Ja beantworten. So lange ich auf diesem Posten gestanden bin und stehe, ist es meine Pflicht als Landeshauptmann, vor allem die Verfassung der Republik und deren Gesetze strenge einzuhalten und sie gegen alle Angriffe, von welcher Seite immer sie kommen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.) Ich übe aber dabei nicht nur meine Amtspflicht, ich folge meiner volkswirtschaftlichen und politischen Ueberzeugung, dass wir das furchtbare Elend dieser Stadt und dieses Landes, die Wirtschaftskrise in allen ihren Auswirkungen für den Arbeiter, Angestellten, Bauern, Gewerbetreibenden, Industriellen nur bannen können, wenn wir uns in-mitten eines tobenden Europa festhalten als ein neutraler Staat, der seine Kräfte bewahrt, um sich, wenn die Wirtschaftskrise einmal überwunden sein wird, als ein moderner Kulturstaat, als ein Industriestaat in das wirtschaftliche Getriebe Europas wieder einbauen zu können. Die Weltstadt Wien, die nicht nur die Hauptstadt eines kleinen Landes ist, sondern ein grosses Zentrum europäischer Wirtschaft, als solches zu erhalten ist eine Pflicht, die wir nicht nur gegen uns, sondern auch Europa gegenüber zu erfüllen haben, so wie wir hoffen, dass Europa dieses Herz einer Wirtschaft, dieses Zentrum der Kultur nicht zerstören lassen wird. Wir haben auf diesem heissen Boden eine grosse historische Aufgabe, der wir nur gerecht werden können, wenn jeder sich bemüht, Verfassung und Recht und damit die Ruhe in der Stadt mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Das ist kein politisches Gebot, sondern ein Gebot der Wirtschaft, ein Gebot der Sorge für alle arbeitenden Menschen. Wer der Bürgerfrieden durch irgend welche Massnahmen stört, wer provoziert, wer die Verfassung bricht, wer den Bürgerkrieg entfacht, wer zulässt, dass sich hier bewaffnete Banden zusammentun, um Kämpfe zu führen, ist ein Verbrecher an der Stadt und an der Republik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Soz. dem. - Zwischen-rufe bei den Nat. soz.)

Was bedroht nun die Neutralität Oesterreichs und damit das Wirtschaftsleben Wiens ? Es sind zwei Bewegungen, über die ich nicht parteipolitisch, sondern nach rein sachlicher Betrachtung ein Wort sagen muss. Die erste dieser Bewegungen ist die nationalsozialistische. Sie strebt eine Diktatur mit den Mitteln der Gewalt an (Rufe bei den Nat. soz.: Mit den Mitteln der Legalität wie in Deutschland). Der Weg, den Sie in Deutschland gegangen sind, ist in Oesterreich nicht möglich. Denn die österreichische Arbeiterklasse ist nicht wie in Deutschland in ~~zwei~~ zwei fast gleiche Teile gespalten, die gegen-einander Krieg führen. Es gibt auch in Oesterreich keine politische Schichte, wie in Deutschland die Rechtsstehenden, die mit finanziellen und anderen Mitteln die nationalistische Bewegung stärken könnte. Sie können also nur mit Gewalt siegen oder durch die Fehler grosser bürgerlicher Schichten. Der Weg, den das Hakenkreuz in Deutschland gegangen ist, ist aber deshalb in Oesterreich nicht möglich, weil unsere Verfassung eine Bestimmung nach Art des Artikels 48 der deutschen Reichsverfassung nicht kennt, der Verfügungen ohne und gegen das Parlament ermöglicht, der daher die einzelnen Parteien ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Bürger enthebt und der es möglich macht, dass Verfügungen getroffen werden, die nicht von einer Mehrheit des Parlaments verantwortet

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

werden müssen, sondern von irgendeinem einzelnen, sodass die Parlamentsparteien der Pflicht enthoben werden auch unpopuläre Massnahmen, die aber notwendig wären, nach aussen hin zu vertreten. Man könnte hier einwenden, dass der faktische Vorgang der ^{Vorgängung} von Notverordnungen auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, wie er heute in Oesterreich geübt wird, eine ganz ähnliche Sachlage schafft. Das hat sehr viel für sich. Richtig ist, dass man, wenn man die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich bewusst und zielsicher stärken will, nur auf dem Weg verfassungswidriger ^Verordnungen weitergehen müsste, um jede politische Partei in Oesterreich unverantwortlich zu machen, um jede andere politische Partei vor der Pflicht zu bewahren, auch unpopuläre Massnahmen vor den Massen zu vertreten und so diejenigen, die unter solchen Massnahmen leiden, und nicht das Verständnis für ihre Notwendigkeit haben, einer wüsten Demagogie auszuliefern, die nur im Hakenkreuz enden kann (Demonstrativer Beifall b.d. Nat.) Man kann nicht zweierlei. Man kann nicht zugleich Gott dienen und dem Mammon. Man kann nicht der Verfassung dienen und zugleich der Diktatur, man kann nur der einen oder der anderen dienen. Wer in Oesterreich mit der Diktatur spielt, der muss wissen, dass die Diktatur nur enden kann in einer deutschen Hitler-Diktatur oder in einer Unterstellung unter eine italienische Mussolini-Diktatur. Jedes Streben nach Diktatur in Oesterreich kann nur enden in einer politischen Abhängigkeit. Die Selbstständigkeit Oesterreichs ist nur möglich bei Aufrechterhaltung seiner demokratischen Verfassung. Es ist sehr interessant dass diese Feststellung, die Diktatur in Oesterreich könne nur mit einer hakenkreuzlerischen Diktatur enden, sogar bei den Vertretern dieser Partei Bestätigung finden. Aber Sie vergessen eines: Es ist, rein theoretisch gesprochen, natürlich auch eine andere Diktatur möglich. (Zwischrufe b.d. Nat. soz.) und ein grosser Teil der Ausführungen des Abg. Thaller verweist ja darauf. Man braucht sich nicht von Hitler kaufen zu lassen. Man kann sich auch von anderen Mächten bezahlen lassen, Man kann in Oesterreich Banden bilden, die nicht dem Geist des Hakenkreuzes dienen, sondern dem Gedanken des Legitimus. Man kann also entweder Oesterreich in die eine oder in die andere Gefahr bringen. Aber jede dieser Gefahren - darüber darf sich niemand täuschen, - birgt in sich zugleich die Kriegsgefahr, weil eine faktische Unterstellung Oesterreich unter Hitler ebenso die schwersten Verwicklungen heraufbeschwören könnte wie eine faktische Unterstellung Oesterreich unter irgendeine Form von Legitimus. Wer den Frieden will, wer den Krieg vermeiden will, wer den unsäglichen Leiden der Wirtschaftskrise nicht noch das Leid des Krieges hinzufügen will und die Wiederkehr des grossen Elends, das heute noch wie ein Fluch auf unserer Generation lastet, wer den Frieden Oesterreichs will, der muss für die freie unabhängige Republik Oesterreich und für die Sicherung seiner Verfassung wirken (Lebh. Beifall b.d. Soz.), der hat die Pflicht, jeden Gedanken der Diktatur mit allen Mitteln seiner Kraft abzuwehren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

VIII Blatt

Ich habe nicht in meiner amtlichen Eigenschaft, ich habe auch in meiner politischen Stellung im Parlament vor mehreren Jahren den Vorschlag gemacht, man möge alle diese Wehr- und Schutzformationen auflösen, es möge eine Parlamentskommission, die aus allen Parteien besteht, gebildet werden zur Bekundung des übereinstimmenden Willens, alle Schutzformationen aufzulassen, und zur Kontrolle, dass die Waffen abgeliefert worden,

weil die legale Gewalt stark genug ist, um Verfassung und Ruhe zu sichern und man möge so dem Bürgerfrieden in Oesterreich die Wege bahnen. Ein lautes Nein, begleitet von hähmischen Bemerkungen war die Antwort. Ich habe in den 40 Jahren meiner politischen Arbeit selten so tief empfunden,

dass ein schwerer politischer Fehler geschehen sei, dies umso mehr, als ich mir in meinen eigenen Reihen sagen lassen musste, dass man dieses Angebot etwa noch für eine Schwäche halten könnte, während ich mir doch bewusst war und bin, dass das österr. Proletariat zwar Frieden will, dass es aber in Bein und Mark und Seele stark genug ist, auch im Kampfe zu bestehen (Lebh. Beifa. b.d. Soz.-Zwischenrufe).

Nunmehr ist etwas ganz anderes geschehen. Die Regierung hat den einseitig bloss republikanischen Schutzbund aufgelöst. In diesem Augenblick war natürlich für das Land Wien die Frage aktuell, welche anderen sogenannten Schutzformationen aufzulösen seien. Es kam hier zunächst in Frage der bei der Landesregierung angemeldete und von ihr nicht untersagte Verein "Wiener Heimatschutz" oder wie man volkstümlich gewöhnlich sagt die "Heimwehr". Eine Auflösung nationalsozialistischer Formationen ist nach dem Vereinsgesetz gar nicht möglich, weil diese Formationen nicht in der Form von Vereinen gebildet sind. Ich habe aber die "Heimwehr" aufgelöst. Ich verwahre mich dagegen, dass ich auch nur einen Augenblick gedacht habe, dass diese formelle Verfügung der Auflösung eines Vereins sachlich etwas bedeutet. Das bedeutet beim Schutzbund nichts und auch bei der Heimwehr nichts. Soweit es eine Heimwehr gibt, ist sie in Wien klein und unbedeutend; aber soweit sie überhaupt bewirkt eine solche Auflösung nichts, weil ja die Menschen, die dem Gedanken dienen, weiterbestehen, weil wahre Gehirne nach der Auflösung auch nicht anderes funktionieren und weil der innere Zusammenhalt der Menschen durch eine Vereinsauflösung nicht zerstört werden kann. Ich habe auch nicht einen Augenblick daran gewweifelt, dass gegen diese Verfügung sofort ein Rekurs eingebracht werden wird und ich habe gestern schon vorausgesehen, was heute erfolgt ist, dass nämlich der Obmann des Vereins "Wiener Heimatschutz", Herr Major Fey gegen die Auflösung

rekurrieren und dass dieser Rekurs von der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, deren Chef Herr Major Fey ist amtlich zu behandeln sein wird. Ich war mir also keinen Augenblick darüber im Unklaren, was hier geschehen wird. Man könnte nun die Frage erheben, warum ich es trotzdem getan habe? Weil soweit mein Wirkungsbereich und meine Machtbefugnisse reichen, als erster Grundsatz gelten muss, der Grundsatz der öffentlichen Sicherheit. Ich habe die öffentliche Sicherheit zu wahren, das ist meine Pflicht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

der Rechtsgleichheit aller (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Ob meine Verfügung durchdringt oder nicht, ist nicht wichtig. Ich musste bekunden, dass ich alles getan habe, was ich als Funktionär, der auf die Verfass. ein Gelöbnis geleistet hat, tun konnte, um zu verhindern, dass in derselben Stadt die eine bewaffnete Formation weiterbesteht, während die andere aufgelöst wird. Dieses Bekenntnis war der Sinn meiner Verfügung, M. hat gesagt, die Begründung des Bescheids sei unklar; man hat behauptet, die Angaben seien "vollkommen aus der Luft gegriffen" und dergleichen. Ich werde niemandem auf diesem Wege der Polemik zwischen Behörden folgen. Aber eines sage ich: Es soll jemand die Berechtigung der Vorhalte, die der Heimwehr gemacht werden, bestreiten; es soll jemand bestreiten, dass der Verein "Heimatschutz" unbekümmert um seine vereinsrechtliche Organisation dem Kommando Starhembergs untersteht; es soll jemand bestreiten, dass die Formationen, die dem Kommando Starhembergs unterstehen, am 13. September 1931 einen Putschversuch gemacht haben; es soll jemand bestreiten, dass diese Formationen, ob sie diese oder jene vereinsrechtliche Gestaltung haben, eine einzige unter dem Kommando Starhembergs stehende Formation bilden; es soll jemand bestreiten, dass diese an einen bestimmten Abend im alten Ackerbauministerium in Wien versammelten Heimwehrmänner mit Waffen ausgerüstet waren; es soll jemand die Richtigkeit des amtlichen Berichtes des damaligen Polizeipräsidenten bestreiten, dass diese bewaffneten Massen von 1200 oder 2000 Mann- die Zahl ist ganz nebensächlich- gedroht haben, auszubrechen und in Wien Unruhe zu stiften. Es soll jemand mit einem Wort bestreiten, dass diese Herr Starhemberg unterstehende Heimwehr und damit implicite der Verein "Wiener Heimatschutz" an allen diesen verfassungswidrigen und die Republik gefährdenden Aktionen beteiligt waren. Wenn der Obmann des Vereines, Herr Major, Staatssekretär Fey das öffentlich erklärt, wenn er öffentlich erklärt, dass der Verein "Wiener Heimatschutz ein selbst, tätiger, von der Starhembergischen Heimwehr vollkommen unabhängig Verein ist, der im Rahmen der österreichischen Verfassung mit verfassungsmässigen Mitteln seine Vereinsziele verfolgt, bin ich bereit, öffentlich zu erklären, dass der Verein nicht aufgelöst war. Aber solange dieser Verein der militärisch formierten Organisation und der Befehlsgewalt des Herrn Starhemberg und der Heimwehr untersteht und solange die Tatsachen die sich hier wirklich vor den Augen jedes Bürgers der Stadt vollzogen haben, bestehen, solange ist es sonnenklar, dass die Heimwehr nach Recht und Gesetz aufgelöst ist. Die Verfügung ist heute im Rekurswege vom Bundeskanzleramt wieder behoben worden. Ich gestehe ganz offen, dass weder die Verfügung, noch deren Behebung für die eigentlichen realen Tatsachen irgendeine Rolle spielen.

Die reale Tatsache ist, dass das Wirtschaftsleben dieser armen Stadt den jetzigen Zustand nicht erträgt, dass das furchtbare Elend durch diese Unruhe verschärft wird und dass jeder, der es mit dem Volke Wiens ehrlich meint, alle Kraft aufbieten muss, um jede Reizung zu vermeiden, um jeden Zusammenstoss mit Waffengewalt, aber auch nur mit der Faust zu verhindern, dass diese Stadt der absoluten Ruhe und der verfassungsmässigen Entwicklung bedarf und dass jeder ein Feind dieser Stadt, seines Volkes und der Zukunft des Volkes ist, der die Verfassung und damit die Ruhe dieser Stadt in irgendeiner Weise bedroht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

Meine Bitte an den Landtag, an die Vertreter des Volkes von Wien und damit an das gesamte Volk von Wien ist: Halten wir in dieser schweren Zeit zusammen, wehren wir jeden Angriff auf die Verfassung der Republik, jeden Angriff auf das Recht ab, fest entschlossen, die Rechte dieser Stadt und der Republik gegen jedermann zu verteidigen, sei es wenn er aus Unkenntnis der realen wirtschaftlichen und politischen Tatsache handelt, sei es wenn er bewusst und mit schlechtem Willen die Verfassung der Republik, ihre Ruhe und ihren Frieden bedroht. Aber ich warne davor, dass man den Friedenswillen dieser Stadt und ihrer Mehrheit als Schwäche missdeute. Wir kennen die Geschichte der Stadt und unseres Volkes. Einmal kommt ein Augenblick, da es ernst ist, und da dieses Volk der sogenannten Gemütlichkeit und des Frohsinns auch hart werden kann. Darin liegt die Gefahr. Wien ist entschlossen, seine Rechte gegen jedermann zu verteidigen mit allen Mitteln, die dazu notwendig sind. Die Stadt wünscht Ruhe und Frieden, Aufwärtsentwicklung und wünscht, sich wieder einzureihen in ein Europa der Kultur, der Freiheit, der Demokratie. Wir werden uns dagegen wehren, dass dieses Land im Balkan untersinkt, dass es untergeht in der Barbarei der Diktatur, dass es ein Spielball grosser Mächte wird, die auf diesem Boden ihre Kriege austragen. Wir wollen und wir werden mit allen Mitteln kämpfen für ein neutrales Oesterreich, eine friedliebende Republik, in deren Raum ein freies Volk deutscher Männer und Frauen demokratisch bestehen kann, wir wollen auf dem heiligen Boden unserer Väter, wir wollen für unsere Kinder hier erhalten einen Staat und eine Stadt deutscher Kultur, deutscher Zivilisation, deutscher Demokratie im Herzen Europas. (Stürmischer Beifall b. d. Soz. dem).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

Abg. Frauenfeld führt aus, dass sich seit der letzten Landtagsitzung hier einiges geändert hat. Der früher vollständig ruhige Zustand in Stadt und Land ist künstlich gestört worden, weil durch Massnahmen der Regierung in den letzten Wochen künstlich Beunruhigung in die Bevölkerung hineingetragen worden ist, die traurig zu nennen wäre, wenn sie nicht immer und ~~w~~ wiederholt von geradezu grotesken Zwischenfällen unterbrochen worden wäre. Da ist zum Beispiel die gestrige Auf fährt undes Bundesheeres, die über den Ring stattgefunden hat. Herr Trainrittleiter Vuagoin hat wieder einmal das Bedürfnis gefühlt, sich in der Fülle seiner Macht zu zeigen. Das Ganze hat etwas Revucartiges an sich gehabt und die Selenophon-Aktionsgesellschaft scheint bei dieser Angelegenheit das Wichtigste gewesen zu sein, die Bundesheersoldaten ~~zu~~ scheinen nur als Statisten beigetragen zu haben. Es hat gerade nur noch gefehlt, dass zum Schluss der Veranstaltung noch berichtet worden wäre, dass die Kostüme die Uniformierungsanstalt Tiller A.G. geliefert und das Benzin die Selenophon A.G. bezahlt hat. Herr Vaugoin benützt die parlamentlose Zeit, um sich als Landesbeamter, der er ja ist, trotz der Stellensperre in den Staatsdienst überführen zu lassen, um als Sektionschef früher oder später mit 1400 Schilling in Pension gehen zu können. Unser Liliputandiktator Dollfuss hat sich in dieser parlamentlosen Zeit einen Gräf- und Stiftswagen um etwas 100.000 Schilling angeschafft. Wozu braucht Herr Dollfuss einen solchen Wagen, er kommt ja auch mit einem Kinderwagerl aus. Und wenn er mit einem Handtag ^{erl} fahren wollte, schaut der auch noch leer aus. Das ist überaus sehr traurig, dass man anderseits des Bundeschauffeuren 20 bis 30 Schilling monatlich von ihren Einkünften gestrichen hat.

Dass der Landbund bei einer derartigen Geschäftemacherei hier selbstverständlich auch nicht fehlt, dürfte den Herren von der Linken, die hier auf der verkehrten Seite des Hauses sitzen, bekannt sein. Herr Schumy aus Kärnten ~~ist~~ unterhält hier Holzgeschäfte, die sich über Herrn Laib Pollitzer abspielen; man erwägt auch Pläne einer Erweiterung des Kabinetts durch einen weiteren Landbundminister, um eine möglichst breite Plattform für ^{Parlamentarier} verdiente ~~zu~~ zu schaffen. Aber alle diese Ereignisse treten zurück gegen das, was wir in den letzten Tagen von der Heimwehr erlebt haben. Die Ereignisse der jüngsten Zeit weisen darauf hin, dass die Abteurerpolitik und jene balkanmässige Behandlung der Angelegenheiten dieses Staates, die durch die Heimwehr herbeigeführt worden sind, nun eine Form angenommen haben, die den Herren trotz der Ausnahmezustände, die geschaffen worden sind, nicht besonders viel Freude bereiten dürften. Bis auf die Beunruhigung der Oeffentlichkeit mit dem Maschinengewehr auf dem Turm der Stiftskirche, mit den Autowandfahrten des Bundesheeres und mit den Frühlingsspazierfahrten der Polizeiüberfallswagen ist eigentlich herzlich wenig geschehen, was irgend jemand ^{er} ernstlich beunruhigen könnte. Auf der anderen Seite ist der republikanische Schutzbund ~~sozusagen~~ aufgelöst worden. Dass es keine Auflösung war, sondern bloss eine Umbenennung, werden die Herren der sozialdemokratischen Partei besser bestätigen können als wir. Die Auflösung des republikanischen Schutzbundes war schon so gut bekannt, dass die Organe des Schutzbundes bereits gestern vormittags auf die Polizeiorgane gewartet haben. Dass solche Massnahmen als grotesk empfunden werden müssen, ist klar und geht auch hervor aus den milden und sanften Tönen, die von der sozialdemokratischen Partei hier angeschlagen worden sind.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

Die Katastrophopolitik der Heimwehren, von Vaugoin sekundiert, hat die Pläne eines Putsches gehegt. Die Sache ist dann den anderen Leuten zu riskant geworden, es sind faule Kompromisse gemacht worden und als solche haben die Dinge geendet. Für den traditionell angesagten Putsch hat man den Leuten die Auflösung des Schutzbundes präsentiert. Die Auflösung des Vereines "Wiener Heimatschutz" hätte auf den 1. April verlegt werden sollen. Bürgermeister Seitz hat etwas aufgelöst, was gar nicht mehr dagewesen ist, denn die ganze Wiener Heimwehr besteht wirklich nur mehr noch auf dem Papier. Sie ist repräsentiert durch Herrn Fey und seine Schnallendrucker in Rom, des Herrn Hauptmann Reichel von Erlenhorst und anderen. Dass weiterhin in der letzten Zeit verschädene, immer trübe Quellen aufgesucht worden sind, geht aus dem regen Pendelverkehr zwischen Wien und Rom, aber auch zwischen Wien und Berlin hervor, denn morgen fährt schon wieder Dr. Hueber nach Berlin, um etwas zu erreichen, was er sich in Rom nicht holen konnte. Die der Zensur anheimgefallenen beiden Extraausgaben des "Kampfrufes" haben klar und deutlich erwiesen, dass die Abenteurerpolitik dieser Leute in phantastischen Plänen einer Statthalterschaft Starhembergs gipfeln, dass hier nicht von einer österreichischen Parteibewegung Politik gemacht wird, sondern dass wir fremde Legationäre, solche Italiens vor uns haben, die die Geschäfte einer auswärtigen Macht besorgen. Ich stelle fest, dass die gestrige Veröffentlichung bezüglich jenes Briefes, den der italienische Korrespondent Dr. Moreale dem Bankhaus Topolansky geschrieben hat, keineswegs eine Fälschung ist, sondern dass sich die Dokumente in unserer Hand befinden und echt sind. Wir müssen festhalten, dass die sogenannte Selbstlosigkeit dieser Leute entlarvt ist, denn aus diesem Schreiben geht klar und deutlich hervor, dass sie nicht für ihre diktatorische Bewegung Geld genommen haben, was auch an sich verwerflich genug wäre, sondern dass sie dieses Geld zu Privatzwecken missbrauchten. Es heisst in dem Brief "dass wir in der letzten Zeit sehr viel getan haben und noch sehr viel tun werden, aber wir können nicht auch noch die Freunde des Herrn Starhemberg finanzieren und sanieren." Mit dieser Feststellung haben sich diese Leute endgültig gerichtet. Ich kann nur der Verachtung Ausdruck geben gegenüber einer Bewegung, die grossmäulerisch von einem Verrat der Nationalsozialisten spricht und sich dabei hergibt, für italienisches Geld eine Antianschlusspropaganda zu betreiben. (Lebhafte Zustimmung bei den Nat. soz.) Um angeblich einer bolschiwistischen Gefahr vorzubeugen, hat man sogar mit dem Gedanken kokettiert, Gebäude in Wien oder anderen Städten anzuzünden oder Van-der-Lübbe zu spielen, wie sich der Herr ausgedrückt hat, der gerade mit dem gleichen Anfangsbuchstaben anfängt, wie dieser Lübbe und hier diese unglaublichen feststellungen gemacht hat. Ich möchte noch darauf verweisen, dass besonders jene versiegelten Kuverts, die in die Provinz hinausgeschickt werden, zeigen, wie innerlich zerfallen dieses System bereits ist. Einer intrigiert hinter dem Rücken des anderen. Aber auch die Sozialdemokraten werden mit der Politik, die Bürgermeister Seitz heute hier aufgezeigt hat, zusammen mit den Heimwehren unter die Räder kommen. Die grosse Aktivität der Heimwehren wurde deshalb entfaltet, weil der jahrelange Geldgeber der Heimwehr endlich auf seine Rechnung kommen will.

Die Sozialdemokraten lassen sich alles gefallen, wir aber warnen die Regierung und ihre Hintermänner, das Spiel weiter so zu treiben. Unser

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Weg führt uns in die grosse deutsche Volksgemeinschaft. Die Sozialdemokraten empfinden heute den Anschluss als eine Unterstellung, weil im Reich draussen nicht mehr die Herren Braun und Severing diktieren. Hinter uns steht nicht nur ein Drittel der österreichischen Bevölkerung, hinter uns stehen 64 Millionen des deutschen Volkes. Wir gehen unseren Weg auf legalem Boden bis zur Vernichtung jenes Systems, das von einer kleinen Abenteuererclique ausgeübt wird. Wir haben der Regierung den Kampf angesagt, weil wir die Belange des deutschen Volkes hier in Oesterreich zu vertreten haben. Der Sieg wird unser sein! Das Oesterreich das nach Dollfuss kommen wird, wird das nationalsozialistische Oesterreich sein! (Stürmischer Beifall bei den Nat. soz.)

Abgeordneter Dr. Hanke beschäftigt sich ausführlich mit der Notverordnung über die Bankenreform. Er erklärt, dass sie zur Stützung der Eskomptebank erlassen worden ist. Die Erlassung der Notverordnung habe gezeigt, dass die Situation bei der Eskompte eine verzweifelte gewesen sei. Man habe auf der Börse die Aktien mit loo noch gehalten, als sie im Schleichhandel schon mit 20 gehandelt worden seien. Die Regierung verhandle jetzt wieder mit den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt. Diese Verhandlungen sind für uns ganz gegenstandslos, da wir keinerlei Abmachungen des gegenwärtigen Regierungssystems mit den Auslandsgläubigern anerkennen werden. (Beifall bei den Nat. soz.)

Es gelangen nunmehr die eingebrachten Anfragen durch die Schriftführer des Hauses zur Verlesung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

Schriftführer P o k o r n y liest:

A n f r a g e

der Abgeordneten Leopold Thaller, Nachtnebel und Leopoldine Glöckel
an den Herrn Landeshauptmann:

Das Landesgericht für Strafsachen Wien I hat auf Antrag
des Staatsanwaltes die Beschlagnahme des folgenden " Mitteilungsblattes
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs " vom
31. März 1933 verfügt.

Von der Partei gratis verteilt ! 5 Groschen für den Kolporteur !
Mitteilungsblatt.

der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs.
Wien, Freitag, den 31. März 1933.

Der Schutzbund aufgelöst!

Es leben die Ordnerschaften !

Arbeiter! Republikaner!

Die Regierung hat den Republikanischen Schutzbund aufgelöst.

Die faszistischen und monarchistischen Wehrverbände, die erst in der
letzten Zeit wieder einen Putsch vorbereitet haben, werden nicht auf-
gelöst. Aber der Republikanische Schutzbund, dessen einzige Aufgabe es
war, die republikanische Verfassung zu schützen, wird aufgelöst.

Die Heimwehren, die am 13. September 1931 einen hochverräteri-
schen Putsch gegen die Verfassung der Republik unternommen haben, sind
nicht aufgelöst worden. Aber der Republikanische Schutzbund ist aufge-
löst worden.

" Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger gleich " sagt die
Verfassung der Republik. Dieses Grundprinzip der republikanischen Verfassung
gilt nicht mehr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

Ihr, Arbeiter und Republikaner, werdet die Absichten der Reaktion durchkreuzen.

Den Verein Republikanischen Schutzbund kann man auflösen. Über die Männer, die entschlossen sind, die Republik zu schützen, die kann man nicht auflösen und deren Willen kann man nicht zerbrechen.

Die Vereinsform kann fallen, aber der Wille zum Schutze der Republik bleibt.

Der Parteivorstand hat folgende Beschlüsse gefasst, die ihr unverzüglich durchführen werdet:

1. Zu den bei Parteiveranstaltungen notwendigen Ordner-, Bewachungsdienst usw. hat jede Organisation sofort eine Ordnerschaft aufzustellen.
2. Diese Ordnerschaften sind keine Vereine, sondern bilden einen Bestandteil der Parteiorganisation und sind den zuständigen Instanzen der Organisation unterstellt.
3. Es ist Parteipflicht aller bisherigen Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes, diesen Ordnerschaften anzugehören.
4. Darüber hinaus ist die Organisation verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Zahl der Ordner binnen kürzester Zeit auf das Doppelte der Zahl der bisherigen Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes gebracht werde. Zu diesem Zweck ist sofort in den Sektionen (Lokalorganisationen), Jungfront-, Jugend- und Sportorganisationen für die Ordnerschaften zu werben. Die Verdoppelung der Zahl der Ordner soll binnen acht Tagen erreicht werden. Ueber das Ergebnis der Werbung ist in einer Woche an den Parteivorstand Bericht zu erstatten.
5. Mit der Leitung aller Ordnerschaften hat der Parteivorstand den Parteisekretär Julius Deutsch betraut.
6. Die Ordner versehen den Ordnerdienst in Zivilkleidung mit einer roten Armbinde. Arbeiter! Republikaner! Eure Antwort wird sein! Jeder bisherige Schutzbündler ein Ordner der Partei! Zu jedem Schutzbündler einen zweiten Ordner dazu! Kaltes Blut, Genossen! Unser Kampf ist nicht zu Ende! Unser Kampf entwickelt sich erst! Eisernen Wille, zähe Ausdauer, planmässiges Handeln werden die Anschläge der Reaktion zunichte machen.

Der Parteivorstand.

Arbeiter! Genossen! Die Regierung hat den Schutzbund aufgeköst. Sie kann Namen und Kleid verbieten - nicht die Solidarität und die Disziplin der Menschen, die den Schutzbund bilden. Die Kämpfer bleiben! Die Reaktion will die Arbeiterklasse treffen. Sie kann Organisationen auflösen - nicht den Geist, der diese Organisationen beseelt. Der Kampfgeist lebt! Unsere Parole: Ordner werden! Ordner werben! Unsere Antwort: Mehr Kämpfer für die Freiheit!

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Dr. Otto Leichter, Wien V. Rechte Wienzeile 97. - Druck- und Verlagsanstalt "Vorwärts", Aktiengesellschaft, Wien, V. Rechte Wienzeile 97

Konfisziert wurden wegen Vergehen nach § 297, Strafgesetz Aufforderung und Werbung zu einem Verein nach erfolgter Auflösung die Stellen "Der Schutzbund.... bis Ordnerschaften" "Ihr, Arbeiter und Republikaner.... bis Reaktion zunichte machen" "Unsere Parole.... bis für die Freiheit."

Die Gefertigten richten an Herrn Landeshauptmann die Frage: Ist der Herr Landeshauptmann bereit, die Bundesregierung darauf aufmerksam zu machen, dass eine Konfiskationspraxis, die selbst den Satz "Mehr Kämpfer für Freiheit" beschlagnahmt, eine Gefahr für Rechtssicherheit der Republik bedeutet?

Wien, am 2. April 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am

Schriftführer Pokorny liest:

Anfrage der Abg. Thaller, Nachhehl und Leopoldine Glöckel
an den Herrn Landeshauptmann:

In der Nummer der Arbeiter-Zeitung vom 1. April 1933 konnten infolge der Vorzensur eine Reihe von Stellen in wichtigen Artikeln nicht erscheinen. Das aufreizendste ist die Tatsache, dass aus einer ernstesten politischen Kundgebung des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte, also der freigewählten Vertreter von 42 Prozent des österreichischen Volkes, der Schlussabsatz gestrichen wurde. Dieser Absatz lautet:

Der Verband bleibt zur Mitwirkung an einer friedlichen und verfassungsmässigen Entwirrung bereit. Aber angesichts der Haltung der Regierung sieht sich der Verband gezwungen, das ganze arbeitende Volk zu höchster Wachsamkeit und Bereitschaft aufzufordern, damit es, wenn kein friedlicher Ausweg mehr übrig bleiben sollte, seine Freiheit, sein Selbstbestimmungsrecht, seine sozialen Errungenschaften selbst verteidige.

Diese ganze Stelle wurde mit Ausnahme des ersten Satzes konfisziert, so dass das österreichische Volk den wahren Sinn der Kundgebung der Vertreter von 42 Prozent der Bevölkerung nicht erfahren kann. Diese aufreizende Konfiskation eines Beschlusses immuner Abgeordneter ist der beste Beweis für die Richtigkeit ^{der} in der Kundgebung der sozialdemokratischen Abgeordneten enthaltenen Aufforderung, dass das ganze arbeitende Volk bereit sein muss, seine Rechte selbst zu verteidigen. Denn wenn die Staatsgewalt sogar Kundgebungen immuner Abgeordneter zu unterdrücken versucht, dann ist das der aufrüttelendste Beweis dafür, dass die Regierung sich nicht mehr um Recht und Gesetz und um die Meinung der freigewählten Vertreter des Volkes kümmern will.

In der Arbeiter-Zeitung vom 1. April wurde auch eine Stelle in dem Bericht über die "Grosse Erregung in den Bundesländern, spontane Kundgebungen in Niederösterreich" konfisziert. Die gestrichene Stelle lautet: Mit Genugtuung wurde die Mitteilung der Vertrauensmänner aufgenommen, dass gemäss den Weisungen des Parteivorstandes die Zahl der Ordner innerhalb von acht Tagen womöglich verdoppelt werden soll.

Schliesslich wurde auch die Wiedergabe eines angeblichen Schreibens des Pressechefs der italienischen Gesandtschaft Dr. Moreale an das Bankhaus E. Topolansky, Wien, I., Graben 13, ebenso wie die daran geknüpften Bemerkungen konfisziert. In diesem Schreiben wird von den Geldbeziehungen Heimwehrführer, insbesondere des Herrn Starhemberg zur italienischen Regierung gesprochen. Auch dieser Brief und die redaktionellen Bemerkungen dazu, in denen auf die bekannten sonstigen finanziellen Beziehungen der Heimwehrbewegung zu italienischen Geldgebern aus den Kreisen der italienischen Regierung verwiesen wird, wurden gestrichen. Offenbar erstreckt sich der gesetzwidrige Konfiskationsschutz nicht nur auf die staatlichen Einrichtungen, sondern auch auf den Heimwehrführer Starhemberg.

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann folgende Frage:

1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung energischsten Protest dagegen einzulegen, dass politische Kundgebungen der freigewählten immunen Vertreter von 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung, Kundgebungen des grössten Abgeordnetenverbandes des Nationalrates und des Bundesrates unterdrückt werden?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, die Bundesregierung darüber aufzuklären, dass die willkürliche Konfiskationspraxis eine ständige dreiste Verletzung der durch die Verfassung gewährleisteten Freiheit der Presse bedeutet?

Wien, am 1. April 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII. Blatt

Wien, am

Schriftführer Maisel liest :

Anfrage der Abg. Thaller, Nachtnebel und Leopoldine Glöckel an den Herrn Landeshauptmann.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Landesgericht für Strafsachen Wien I die Beschlagnahme der Nummer 10 der Zeitschrift "Der Sprecher" verfügt. Beschlagnahmt wurde folgender Artikel:

Der Republikanische Schutzbund aufgelöst.

Die Regierung Dollfuss hat die Wehrorganisation des österreichischen Proletariats, den Republikanischen Schutzbund, der satzungsgemäss für den Schutz der Republik der republikanischen Verfassung und der Freiheitsrechte der Arbeiterschaft zu sorgen hat, "aufgelöst".

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII. Blatt

Wien, am

Die Regierung Dollfuss hat aber die Heimatschutzorganisationen, die am 13. September 1931 einen Putsch gegen die Verfassung und die Regierung der Republik unternommen haben und gegen die der christlichsoziale Heeresminister Vaugoin Bundesheer marschieren lassen musste, bestehen lassen.

Die Regierung Dollfuss hat weiter die nationalsozialistischen SA- und SS Formationen bestehen lassen, obwohl ihr durch das deutsche Beispiel bekannt ist, welchen Zweck diese Formationen zu erfüllen haben.

Die Republikanische Regierung Dollfuss hat also zum Schlag gegen die treuesten Republikaner ausgeholt. Nun, sie hat es sich lange überlegt. Es war ein offenes Geheimnis, dass in den letzten Tagen sich die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien zu einem schweren Konflikt zugespitzt hatten.

Die Heimatblöcker auf der einen Seite traten immer wieder mit neuen reaktionären Forderungen heran, die Landbündler auf der anderen Seite sollen die Unterstellung des Sicherheitswesens unter einen der ihnen gefordert haben. Nun, die Herren haben sich geeinigt, die Gegensätze wurden, wie sich das Organ des Landbundes, die Morgenausgabe des Neuen Wiener Extrablattes vom 31. März ausdrückt, "gekleistert".

Und als Kleistermittel dient die Auflösung des Schutzbundes. Nun, wir glauben, diese Auflösung ist ein Schlag ins Wasser. Unser Genosse, General Körner, hat im Bundesrat gesagt:

"Einen Verein kann man auflösen, aber die Männer, die ihn bilden, bleiben auf ihrem Fleck und werden ihre Pflicht tun."

Das sind goldene Worte in diesen Tagen und unsere Gegner mögen sie sich hinter die Ohren schreiben."

Als wir im Oktober 1930 während der Regierung Vaugoin Starhemberg in einer ähnlichen Situation wie heute waren, da fasste der Parteivorstand diesen Beschluss:

"Wird der Schutzbund aufgelöst, so brauchen wir wieder wie bis zum Jahre 1923 unsere Parteiordner. Daher verfügt der Parteivorstand, dass jede Parteiorganisation sofort Ordnerabteilungen aufzustellen hat, und erklärt es als Parteipflicht aller Parteigenossen, die dem Schutzbund als aktive Mitglieder angehören, dann in diese Ordnerabteilungen einzutreten."

In diesem Sinne hat nunmehr nach der Auflösung des Schutzbundes der Parteivorstand beschlossen:

1. Jede Parteiorganisation hat sofort Ordnerschaften aufzustellen.
2. Jede Organisation ist verpflichtet, die Zahl der Ordner binnen kürzester Zeit auf das Doppelte der Zahl der bisherigen Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes zu bringen. Die Verdoppelung der Zahl der Ordner soll binnen acht Tagen erreicht werden. Ueber das Ergebnis ist in einer Woche an den Parteivorstand Bericht zu erstatten.

Wir rufen Euch zu :

Ihr Jungarbeiter und Wehrsportler, ihr Arbeitersportler und Parteigenossen! Hinein in die Ordnerschaften der sozialdemokratischen Partei!

Hinein in die neue Kampffront des Sozialismus!

Nieder mit dem Fascismus! Es lebe die Internationale Sozialdemokratie!

Freiheit!

Von diesem Artikel wurde mehr als die Hälfte, und zwar vom Absatz

"Als wir im Oktober 1930..." bis "Hinein in die neue Kampffront des Sozialismus!" wegen Vergehens nach § 297 des Strafgesetzes

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage

Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die willkürliche Beschlagnahmepraxis schleunigst eingestellt wird?

Wien, am 1. April 1933.

19. Blatt folgt!

RATHAUSKORRESPONDENZ

XX. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Schriftführer Maisel liest:

A n f r a g e

der Abgeordneten Thallor, Nachtnobel und Leopoldine
Glöckel an den Herrn Landeshauptmann.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Landesgericht für
Strafsachen Wien I am 31. März die Beschlagnahme folgenden Flugblattes
angeordnet:

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreich

Ich erkläre mich hiemit bereit, der Ordnerschaft der Sozial-
demokratischen Partei beizutreten.

Name

Adresse

Beruf

Geburtsdatum

Verlag und für den Inhalt verantwortlich: Josef Pleyl, Beamter.

Druck: Vorwärts A.G., sämtliche Wien V., Rechte Wienzeile 97 -8858.33

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann die
Anfrage:

Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung
darauf hinzuwirken, dass die willkürliche Beschlagnahmepraxis schleunigst
eingestellt wird?

Wien, am 1. April 1933

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XXI. Blatt

Wien, am

Schriftführer Maisl liest:

Anfrage der Abg. Thaller, Nachtnebel und Leopoldine Glöckel
an den Herrn Landeshauptmann.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Landesgericht für
Strafsachen Wien I am 30. März 1933 die Beschlagnahme folgenden Flug-
blattes angeordnet:

Wohin geht der Weg?

Notzeit geht durchs Land!

500.000 Menschen sind arbeitslos.

Der Bauer darbt auf seiner Scholle!

Das Gewerbe liegt darnieder!

Das ist die ^{Folge} des fluchwürdigen kapitalistischen Sys-
tems und des 13jährigen bürgerlichen Regierens in Oesterreich!

Mit Notverordnungen und Diktatur kann man die Wirtschaft nicht
retten!

Sie haben keine Mehrheit mehr, darum wollen sie gegen den Wil-
len der Mehrheit des Volkes herrschen!

Sie haben die Wirtschaft vertan, darum wollen sie ohne Befragen
der Volksmehrheit wirtschaften!

Die Heimwehrputschisten die abgetakelten Fürsten, Grafen und Mo-
narchisten, die alten Feinde der Arbeiter und Bauern wollen das Parlament,
die Volksvertretung der Arbeiter und Bauern beseitigen.

Mit ausländischem Gelde wird Unruhe in das friedliebende Volk
Oesterreichs getragen.

Die Sozialdemokraten wollen die strengste Neutralität unseres
Landes.

Soll diese Neutralität nach den Plänen der Heimwehrputschisten preisge-
geben und österreichischer Boden drohenden Kriegsgefahren ausgesetzt
werden?

Das ist wahre Volks- und Landesverrat!

Was wir brauchen?

Friede, Arbeit und Brot!

Nur die Demokratie sichert die Rechte der Arbeiter und
Bauern, den Frieden und den Wiederaufstieg des Volkes!

Darum Schluss mit ~~Militärplänen~~
mit den Heimwehrputschisten
und Bürgerkriegssetzern

von denen die Regierung selbst nach dem Heimwehrputsch am 13. September
1931 sehr richtig sagte:

"In einer Stunde der schwersten Not unseres Vaterlandes hat ein
kleiner Bruchteil von Bundesbürgern, jeder Verantwortung bar und gewissenlos
unsere österreichische Heimat in verbrecherischem Leichtsinne in eine Lage
gebracht, aus der im Innern und in den auswärtigen Beziehungen unabsehbare
Gefahren entstehen können."

Was am 13. September 1931 richtig war, das gilt heute, in diesen
ernsten Tagen, in erhöhtem Masse gegenüber diesen Heimwehrputschisten, die
in ausländischem Solde stehen!

Es gibt nur einen Weg!

Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibende!

Nicht gegeneinander,

somdern miteinander,

für Frieden, Arbeit und Brot!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XXII. Blatt

Wien, am

Dazu ruft euch, schaffende Stände in Stadt und Land

Die sozialdemokratische Partei Niederösterreichs.

Verlag und für den Inhalt verantwortlich: Franz ^{Jannler} Jannler, Beamter,
Wien, I., Wallnerstrasse 6a. - Druck: "Vorwärts" A.G., Wien, V.,
Rechte Wienzeile 97.-8869'33.

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage:
Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung
darauf hinzuweisen, dass die willkürliche Beschlagnahmepraxis schleunigst
eingestellt wird?

Wien, am 1. April 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

210

Wien, am

Dazu ruft euch, schaffende Stände in Stadt und Land

Die sozialdemokratische Partei Niederösterreichs.

Verlag und für den Inhalt verantwortlich: Franz ^{Jannler} Jannler, Beamter,
Wien, I., Wallnerstrasse 6a. - Druck: "Vorwärts" A.G., Wien, V.,
Rechte Wienzeile 97.-8869'33.

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage:
Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung
darauf hinzuweisen, dass die willkürliche Beschlagnahmepraxis schleunigst
eingestellt wird?

Wien, am 1. April 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

210

Wien, am

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XXIII. Blatt

Wien, am

X
Schriftführer Stubianek liest:

A n f r a g e

der Abgeordneten Thaller, Nachtnebel und Leopoldine Glöckel
an den Herrn Landeshauptmann!

In der Nummer des Kleinen Blattes vom 1. April 1933 konnten infolge der Vorzensur eine Reihe von Stellen in wichtigen Artikeln nicht erscheinen. Das aufreizendste ist die Tatsache, dass aus einer ernstesten politischen Kundgebung des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte, also der freigewählten Vertreter von 42 Prozent des österreichischen Volkes, der Schlussabsatz gestrichen wurde. Dieser Absatz lautet:

Der Verband bleibt zur Mitwirkung an einer friedlichen und verfassungsmässigen Entwirrung bereit. Aber angesichts der Haltung der Regierung sieht sich der Verband gezwungen, das ganze arbeitende Volk zu höchster Wachsamkeit und Bereitschaft aufzufordern, damit es, wenn kein friedlicher Ausweg mehr übrig bleiben sollte, seine Freiheit, sein Selbstbestimmungsrecht, seine sozialen Errungenschaften selbst verteidige.

Diese ganze Stelle wurde mit Ausnahme des ersten Satzes konfisziert, sodass das österreichische Volk den wahren Sinn der Kundgebung, der Vertreter von 42 Prozent der Bevölkerung nicht erfahren kann.

Ferner verfielen folgende Stellen der Vorzensur:

Die sozialdemokratische Partei hat ihre Mitglieder zu Ordnerschaften innerhalb der Partei aufgerufen.

Aus dem Leitartikel wurden folgende Stellen gestrichen:

Die sozialdemokratische Partei hat ihre Mitglieder aufgefordert unverzüglich Ordnerschaften aufzustellen, und sie binnen einer Woche doppelt so stark zu gestalten, als der Schutzbund war.

So wird, wenn der Republikanische Schutzbund auch verboten ist eine doppelt so starke Ordnerschaft da sein, um die Arbeiterklasse vor den Faschisten zu schützen, um die Verfassung gegen die hochverräterischen Pläne der Faschisten zu verteidigen.

Die österreichische Arbeiterschaft wird mit Zähnen und Klauen ihre in der Verfassung verbürgten Freiheiten und Rechte verteidigen.

Aus einem Bericht über "Die Erregung in den Bundesländern" wurde folgende Stelle gestrichen:

Mit Genugtuung wurde die Mitteilung aufgenommen, dass innerhalb der Partei sofort Ordnerschaften aufgestellt und die Zahl der Ordner innerhalb von acht Tagen womöglich verdoppelt werden soll.

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann folgende

F r a g e :

Ist der Herr Landeshauptmann bereit, von der Bundesregierung zu verlangen, dass die gesetzwidrige und die Rechtssicherheit untergrabende willkürliche Konfiskationspraxis sofort eingestellt werde?

Wien, am 1. April 1933.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen.

Schluss der Sitzung 19 Uhr 15.